Gemeinde Kirchzarten	BESCHLUSSVORLAGE
Vorlage Nr.: 2023/123	
Bürgermeister / Aktenzeichen	19. Oktober 2023
Sitzung beider Ausschüsse am 24.10.2023 - nicht öffentlich - Gemeinderat am 26.10.2023 - öffentlich -	
Tagesordnungspunkt <u>Zuweisung geflüchteter Menschen nach Kirchzarten und deren Unterbringung - Sachstandsbericht und weiters Vorgehen</u>	

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat diskutiert das weitere Vorgehen.

Beratungsergebnis:

einstimmig

mit Stimmen

..... Ja

..... Nein

..... Enthaltungen

lt. Beschlussvorlage

abweichender Beschluss

Sachverhalt:

Die Zuweisung geflüchteter Menschen in die Städte und Gemeinden zur sog. „Anschlussunterbringung“, also nach in der Regel ausgesprochener Duldung oder Bleibeperspektive, nahm in den letzten Monaten zu. Aktuell sind in Kirchzarten 75 geflüchtete Menschen in von der Gemeinde angemieteten Gebäuden sowie in gemeindeeigenen und angemieteten Wohnungen untergebracht. Dies entspricht dem grundsätzlichen Vorgehen der Gemeinde, Flüchtlinge möglichst dezentral unterbringen.

Laut aktueller Prognose des Landratsamts Breisgau-Hochschwarzwald müssen wir in 2023 noch mit Zuweisungen von ca. 100 weiteren Menschen rechnen, die durch die Gemeinde unterzubringen sind. Die Situation im kommenden Jahr dürfte sich ähnlich darstellen, weiter in die Zukunft reichende Prognosen sind nicht belastbar darzustellen.

Die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Unterbringungsmöglichkeiten werden in den kommenden Monaten ausgeschöpft. Für die Unterbringung der uns im kommenden Jahr und in den Folgejahren voraussichtlich zugewiesenen Menschen ist weiterer Wohnraum notwendig.

Die Anmietung bestehender Wohnungen oder Gebäude erweist sich aufgrund der generell angespannten Lage auf dem hiesigen Wohnungsmarkt als schwierig. Die Verwaltung schlägt deshalb die Errichtung von zunächst vorübergehenden Unterkünften (Wohncontainer) vor, um schnell und flexibel auf die kommenden Zuweisungen reagieren zu können. In der Sitzung werden mögliche Standorte dargestellt, die zu diskutieren sind.

Darüber hinaus ist die Schaffung einer dauerhaften Unterkunft in Form eines oder mehrerer Mehrfamilienhäuser zu diskutieren.

Weiterer Sachverhalt:

Der Landkreis als für die sog. „vorläufige Unterbringung“ zuständige Körperschaft betreibt hierfür aktuell in 17 kreisangehörigen Städten und Gemeinden mehrere Unterkünfte, teils feste Häuser, teils Containeranlagen.

Der Landkreis möchte die bestehenden Containeranlagen sukzessive durch feste Gebäude ersetzen (wie aktuell in Breisach geschehen) und sucht hierfür geeignete Grundstücke. Konkret wurde auch die Gemeinde Kirchzarten angefragt. Über das Anliegen des Landkreises ist ebenfalls zu diskutieren.

1. Finanzielle Auswirkungen

Die Kosten der Flüchtlingsunterbringung können theoretisch vollständig durch eine kostendeckend kalkulierte Obdachlosensatzung refinanziert werden. Bestehende Förderungen für von der Gemeinde in Eigenregie neu gebaute Flüchtlingsunterkünfte haben Bindefristen hinsichtlich der Nutzungsdauer (i. d. R. zehn Jahre).

2. Klimatische Auswirkungen

3. Inklusive Auswirkungen